

Kreisblatt 14.09.2011

Gegen eine Umgehungsstraße will Ganderkesee notfalls klagen

Informationen über eine Umgehungsstraße für Delmenhorst haben gestern über 300 Bürger nach Stenum gelockt. „Wir wollen keine Westumgehung“, betonte die Bürgermeisterin.

VON REINER HAASE

STENUM. Bundesweit wird Verkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) zurzeit wegen Streichungsplänen im Verkehrswegebau kritisiert. Im Saal des Landidyll-Hotels Backenköhler war der Tenor gestern Abend entgegengesetzt: Nichts wäre den Ganderkeseern lieber als das endgültige Versenken aller Pläne für eine Umgehungsstraße für Delmenhorst auf Ganderkeseer Gebiet. „Wir wollen keine Westumfahrung, egal wo“, betonte Bürgermeisterin Alice Gerken-Klaas und erntete den Beifall einer ganz großen Mehrheit der über 300 Gäste eines Informationsabends der Gemeinde. Nur einige offenbar aus Delmenhorst Angereiste mochten nicht applaudieren.



Fachbereichsleiter Peter Meyer, Bürgermeisterin Alice Gerken-Klaas, Joachim Delfs, Leiter der Straßenbaubehörde in Oldenburg und Landrat Frank Eger (v.l.) haben gestern Abend den Bürgern bei Backenköhler in Stenum Rede und Antwort gestanden.

FOTO: THORSTEN KONKEL

Eine gemeinsame Position mit Delmenhorst verhindert laut Gerken-Klaas das Beharren der Stadt auf

IHK: SCHIENENWEGE AUSBAUEN

Die Industrie- und Handelskammern in der Metropolregion – die Handelskammer Bremen sowie die Industrie- und Handelskammern Oldenburg, Bremerhaven und Stade – fordern die Bundesregierung auf, die erwirtschafteten Gewinne der Bahn wieder komplett in die Infrastruktur zu stecken und die bereits vorgesehenen Bundesmittel nicht zu kürzen. Sie erinnern an einen gleichlautenden Beschluss des Bundesrats von März dieses Jahres und weisen auf aktuelle Medienberichte, denen zufolge der Ausbau des Bahnknotens Bremen infrage gestellt wird und die als Entlastung für die vorhandenen Schienenwege gedachte „Y-Trasse“ im Raum Verden/Rotenburg/Walsrode aus dem Investitionsrahmenplan gestrichen werden soll. Die Spitzen der vier Kammern betonen, sie könnten nicht nachvollziehen, warum ein Großteil der „Bahndividende“ Gewinne erwirtschafteten der Bahn in den allgemeinen Bundeshaus-

halt fließt und nicht für die Schienenwege verwendet wird. „Dies widerspricht dem Koalitionsvertrag der Regierungsparteien, der eine Stärkung von geschlossenen Finanzierungskreisläufen bei der Verkehrsinfrastruktur und einen besonderen Investitionsschwerpunkt bei den Hinterlandsverkehren für die Häfen vorsieht“, erklären die Kammern. Mit der Bahndividende könnten bis 2015 2,35 Milliarden Euro zusätzlich für das Schienennetz zur Verfügung stehen.

In diesem Jahr muss die Deutsche Bahn im Zuge des 2010 beschlossenen Sparpakets dem Bund als Alleingesellschafter erstmals eine Dividende von 500 Millionen Euro zahlen. Von 2012 bis 2014 erhöht sich der Betrag auf 525 Millionen Euro pro Jahr, wovon 25 Millionen der Finanzierung von zusätzlichen Schienen-Investitionen dienen sollen. Ab 2015 steigt die Dividende auf 700 Millionen Euro, davon 350 Millionen für das Schienennetz. HAS

die „Verkehrsoptimierte Nordvariante (VoN)“ für die Bundesstraße 212 neu. Fachbereichsleiter Peter Meyer assistierte ihr mit den Worten, diese Variante werde mehr Verkehr in die Gemeinde holen und den Bau einer Westumgehungs erzwingen. Ein Schierbroker im Publikum ging noch weiter: Die Route von der Autobahn 27 durch den Wesertunnel, über die B 212 neu und die Delmenhorster Umgehungsstraße Richtung Autobahn 28 werde so attraktiv, dass der Ausbau zu einer Autobahn absehbar sei.

„Sie überbringen mit ruhiger Stimme schreckliche Dinge für Ganderkesee“,

ANZEIGE

Energiespartage 2011
Info: www.kliemisch.de

beschied die Bürgermeisterin dem Leiter der Straßenbaubehörde Oldenburg Joachim Delfs nach dessen Darstellung der Vorstände, des aktuellen Zeitablauf der Planung der Umgehungsstraße für Del-

menhorst. Laut Delfs wird zurzeit geprüft, ob vor genaueren Untersuchungen von den sechs möglichen Varianten einige gestrichen werden können, weil sie Delmenhorst nicht entlasten. Klar sei, dass jede Trasse Makel habe. „Wir wissen um die Probleme, Empfindlichkeiten und Besonderheiten“, so Delfs.

Gerken-Klaas nahm erfreut zur Kenntnis, dass Bürger aus dem ganzen Norden der Gemeinde und darüber hinaus gekommen waren. Offenbar sei die Botschaft angekommen, dass das Thema die ganze Gemeinde angeht. Sie kündigte notfalls eine Klage der Gemeinde an und versicherte sich bei Landrat Frank Eger der Unterstützung des Kreises. Vorher aber, so Eger, sollten andere Möglichkeiten der Verhinderung der Umgehungs ausgetestet werden, zum Beispiel die Bestimmungen des Naturschutzrechts.

Im Bundesverkehrsministerium wird derzeit an einem Investitionsrahmenplan bis 2015 gearbeitet. Darin soll festgelegt werden, welche Projekte wegen

leerer Kassen ermöglicht werden sollen. Der Erhalt vorhandener Verkehrswege soll Vorrang vor Neubauten haben. Das Ministerium äußert sich zurzeit nicht zu einzelnen Projekten. Da es derzeit nur Entwürfe auf Arbeitsebene gebe, könnten sich „noch viele Dinge ändern“, heißt es laut Me-

ANZEIGE

Wer bringt Existenzgründer in die Pole Position

www.datev.de/steuerberater

dienberichten. Das bestätigte gestern Behördenleiter Delfs. Ob der Wesertunnel zu den gestrichenen oder aufgeschobenen Neubauprosjekten gehöre, sei reine Spekulation. „Ich habe erfahren, dass das Überlegen auf Beamtenebene sind“, so Delfs.

■ Ihre Meinung zum Beitrag: reiner.haase@dk-online.de

Meinblatt
14.02.11
Teil 2/2